



HESSISCHER LANDTAG

15. 05. 2018

Plenum

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend § 219a StGB

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag kritisiert, dass Justizministerin Kühne-Hörmann mit ihren jüngsten Äußerungen in der "HNA" sowie in der "Süddeutschen Zeitung" den Eindruck erweckt hat, mit der Abschaffung des § 219a StGB würde eine objektive Beratung wegfallen und "der gesellschaftliche Konsens um den § 218 StGB würde gänzlich infrage gestellt". Wer in der aktuellen Debatte verschweigt, dass das neutrale, unabhängige und verpflichtende Beratungsgespräch weder abgeschafft noch überflüssig gemacht werden soll, und vorgibt, dass es auch um eine Reform der §§ 218 ff. StGB insgesamt geht, leistet keinen Beitrag zur Versachlichung der Debatte, sondern argumentiert populistisch.
2. Der Hessische Landtag stellt fest, dass der Schwangerschaftsabbruch eine medizinische Leistung für Frauen in Notlage ist. § 219a StGB kriminalisiert Ärztinnen und Ärzte, die über die angebotene medizinische Leistung Auskunft geben. Auch wird das Recht der Frauen, sich sachlich zu informieren und frei eine Ärztin oder einen Arzt wählen zu können, unzumutbar eingeschränkt.
3. Der Hessische Landtag begrüßt, dass Bundesjustizministerin Barley einen Gesetzentwurf vorlegen will, der den betroffenen Frauen eine Lösung anbietet und Ärztinnen und Ärzte nicht länger kriminalisiert. Der Landtag begrüßt zudem, dass die Ministerin damit den unzureichenden Überlegungen eine Absage erteilt, nach denen der Paragraph in seiner jetzigen Form beibehalten werden sollte, die Informationsmöglichkeiten jedoch durch Listen mit Ärztinnen und Ärzten, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, ausgebaut werden.
4. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die Hessische Landesregierung durch die aktuellen Äußerungen von Justizministerin Kühne-Hörmann einseitig Position bezieht und die tatsächliche Not- und Konfliktsituation der betroffenen Frauen und deren Informationsinteressen verkennt.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 15. Mai 2018

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel